EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Gaskrise, Stromkrise, Wasserkrise und was noch ? 22.08.22

Berlin, 22.08.2022 [ENA]

Ich glaube ich bin im falschen Film, und und zwar in einem Katastrophenfilm, wenn ich verfolge, was hier in Deutschland abgeht, was und deutsche Politiker jeden Tag auf den Tisch bringen, verbal und so. Was für Ideen entwickelt werden, was für Einsparungen da plötzlich auftauchen.

Ich sage nur " Waschlappenkretschmar ". Für was für Vorschläge sich manche deutsche Politiker erdreisten, uns Bürger plötzlich in allen Lebenslagen Vorschriften zu machen, wie wir zu leben und zu handeln haben. Für eine Abzockerei der Bürger, die die Bundesregierung, dessen Vertreter, verursacht hat. Und nochmal: Es ist leicht und populär, immer die Phrase zu dreschen, Putin nutze den Energiemangel gegen uns. Ach, und jetzt auch den Strom und das Wasser ? Reiner Blödsinn, wer hat denn zig Sanktionen gegen Russland gemacht und glaubte und propagandierte über Monate, das würde Russland in kurzer Zeit kaputt und handlungsunfähig machen, ihm würde das Geld ausgehen und weitere Dummheiten mehr ?

Ich kann den Scheiss nicht mehr hören. Es ist nur recht und billig, wenn ich wie jetzt Russland von allen westlichen Seiten her mit Sanktionen drangsaliert wird, mit eigenen Mitteln zurückzuschlagen. Wer hatte denn in Deutschland die größte Klappe damit, wir stellen sofort alle Energielieferungen von Russland nach Deutschland ab, das wird teuer, aber die Kosten dafür werden wir tragen. Wer die Kosten jetzt trägt, sehen wir ja jetzt. Für missratene EU – und Deutschlandpolitik zahlt das deutsche Volk. Und zwar länger als allen lieb ist und Putin lacht sich kaputt über westliche Dummheiten. Recht hat er.

Schon im Oktober 2021 waren die Gaspreise deutlich angestiegen, von wegen Putin. Und dann war plötzlich die Rede von 100 – 500 % Mehrkosten die auf die Bürger zukommen. Dann kommt noch die Umlage dazu, die die Regierung beschließt, damit sogenannte systemrelevante Gaslieferbetriebe wie Uniper nicht pleite gehen. Das die im vorletzten Jahr 774 Millionen Euro, ein Plus von 25 % zum Vorjahr, och, das ist nicht so wichtig. Und dann als Dividende im Jahr 2020 mehr auszuschütten als der Jahresüberschuss überhaupt beträgt, ist wohl ein Hammer. Aber es wird noch besser, auch das sagt ihnen Lindner und Konsorten lieber nicht:

Uniper hat im Jahr 2014 – 2018 jedes Jahr ein Defizit im Jahresüberschuß ausgewiesen, 2014 mit 2.5 Milliarden Euro, 2015 mit 4 Milliarden Euro, 2016 mit 3.2 Milliarden Euro, 2017 mit 656 Millionen Euro, 2018 mit 452 Millionen Euro (runde Beträge). Ab 2016 beginnt aber Uniper, trotz defizitärer Lage jedes Jahr bis 2020 einschl., die Dividende zu erhöhen: 2016 kostete das 201 Millionen Euro, 2017 271 Millionen

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Euro, 2018 329 Millionen Euro, 2019 421 Millionen Euro, 2020 501 Millionen Euro bei nur 397 Millionen Euro Überschuss und zeigt dann 2021 4.1 Milliarden Euro Defizit an und die deutschen Bürger müssen retten. Merken sie was ? Sie werden für dumm verkauft auf staatliche Anordnung und alle machen mit.

Und dann stellt sich in der TV Sendung Stern TV RTL Andreas Audretsch Die Grünen mit der Frechheit hin und ignoriert die Frage des Moderators, warum die Bürger das zahlen sollen, warum habe das Unternehmen keine Rücklagen gebildet habe, das Unternehmen hätte Millionen Gewinne gemacht, mit diesen Sätzen: Das Unternehmen sei in eine Schieflage geraten, hätte 2021 hohe Verluste eingefahren, das Unternehmen laufe Gefahr, instabil zu werden. Er redet von Entlastung der Bürger im Hebst, wenn die höheren Kosten kommen. Der Mann ist meiner Meinung nach völlig fehl im Bundestag, das kann doch kein Volksvertreter sein. Was glauben sie eigentlich inwiefern sich solche Politiker für ihre Kosten und Sorgen interessieren ? Nur solange die Kamera läuft.

Darüber spricht aber keiner. Nein, die Bürger zahlen schon. Werden einfach mit einer Gasumlage verpflichtet. Das Geld ist weg und gut. Dann kommt Lindner ins Spiel. Ja, die Rettung dieser Unternehmen schlägt mit 2.419 Cent pro Verbrauchseinheit zu Buche. Toll, das ist ja weniger als alle gedacht haben. Welch ein Segen. Doch dann bekommt er Gegenwind und holt zum nächsten Populistenschlag aus: Er schreibt die EU an und bittet angeblich um Mehrwertsteuerwegfall. Das geht der EU aber sowas von gegen den Strich, welche Überraschung, die lehnen das ab. Aber Lindner wirft sich für das deutsche Volk in die Bresche und erreicht eine Mwst – Senkung auf Gas auf 7 %. So, damit sind aber alle Mehrkosten durch die Gaserhöhung gedeckelt.

So tut er, das ist natürlich völliger Quatsch. Was im Kleingedruckten steht, verrät keiner so ganz offen: Alle 3 Monate kann dieser Betrag geprüft und den gegebenen Anforderungen angepasst werden, und glaubt irgendjemand hier, der bleibt gleich oder wird gesenkt. Der Trick von Lindner ist der: Anstatt das der Staat Uniper einfach wie Lufthansa Geld spritzt, nimmt er einfach die Bürger in die Pflicht. Da verdient er nämlich noch dran. Was jetzt 2 Unternehmen wie RWE und EON derzeit ankündigen, aufgrund von Gewinnen und guter Firmenlage die Mehrkosten nicht umlegen zu wollen, bedeutet im Klartext:

Sie machen weniger Gewinn, weil sie die Mehrkosten tragen, und führen somit weniger Gewinnsteuern an den Staat ab. Das passt Lindner und anderen natürlich gar nicht, da können sie derzeit noch nix an die Bürger umlegen. Aber keine Angst, das wird kommen, oder glaubt jemand die tragen für ewig die ganzen Kosten. Also ich habe bereits angepasste Gasrechnungen gesehen, die sind von 1200 Euro / Jahr auf 3000 Euro / Jahr gestiegen. Und Shell ? Verfünffachte den Gewinn im 2. Quartal 2022; BP verdreifachte nur; TotalEnergies du Engie verdoppelten nur. Einer der schlechtesten war Repsol, der Konzern schaffte nur knapp über 70 %.

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Zurück zum Gasmangel. Habeck und Katar sind ja Geschichte, Scholz war in Norwegen, doch erhielt dort auch nur die gelbe Karte: Die Kapazitäten sind an der Grenze, man müsse erst einmal die Ressourcen ausbauen, dann könne mehr geliefert werden. Seltsame Rechnung von Habeck: Also Norwegen deckt angeblich jetzt 30 % des deutschen Gasbedarfs, dazu kommen 20 % aus Russland, 10 % können locker durch den Wegfall der Verstromung gewonnen werden, dann noch 15 % durch Einsparungen. Das sind schon 75 %, Russland hat aber nur 60 % des benötigten Gases geliefert an besten Tagen. Wo ist das Problem ? Und dann die Sache mit Nord Stream 2. Der eine, Habeck nennt er sich, behauptet, das ginge nicht, die wäre gar nicht genehmigt.

Bei Markus Lanz wird behauptet, es gäbe ja gar kein Gas, was dadurch laufen könnte, deshalb sei die Idee sowieso hinfällig. Russland würde aber durch Nord Stream 2 liefern, das will Deutschland nur nicht, weil dann die EU Sanktionen wackeln. Und dann kommt Kubicki, FDP. Er fragt sich die ganze Zeit, warum nicht Nord Stream 2 aufgemacht wird, dann wären die Gasprobleme gelöst. Ja was denn nun, ist eine Genehmigung da, ist Gas da oder kann es sein, das es nicht an Putin, sondern an Deutschland als Blockadehalter liegt, das deutsche Politiker gar kein Gas dadurch wollen, weil dann die EU Sanktionen kontakariert werden und ausserdem die deutschen Bürger nicht mehr abkassiert werden können.

Die sollen mal ruhig zahlen für die Mißstände, die frühere Bundesregierungen mit dem kompletten Verlass auf russische Energielieferungen und TOP – Preise angestrebt haben, und zwar so gut wie exclusiv. Schröder, Gabriel und Co. lassen grüßen. Und diese Fehlpolitik baden jetzt die deutschen Bürger aus. Apropo Gasumlage: Wußten Sie, das Bürger, die Flüssiggas beziehen, von der Gasumlage nicht betroffen sind ? Lt. einer Pressemitteilung vom 16.08.2022 vom Deutschen Verband Flüssiggas e.V. ist das so, rund 650.000 Kunden, die mit Flüssiggas heizen, sind angeblich nicht betroffen.

Hoffentlich weiß das auch die EU und Herr Lindner, sonst fehlen ja Zahler und die Umlage muß leider auf 4.1 Cent oder so erhöht werden, excl. Mwst., versteht sich. Und bei Strom: Das ist scheisse, das kann man Putin nicht in die Schuhe schieben. Da überlegt man sich einfach: Das liegt am Klima, zu viel heisse Tage, Wasser fehlt usw. Und dabei hat Deutschland seit Mai 2022 die Verstromung von Gas auf Rekordhöhe geschraubt. Komisch, genau das wurde doch in dieser Zeit verteufelt und als dringend zu unterlassen z. B. bei Anne Will und Co. angeprangert, damit mehr Gas vorhanden wäre. Was dann wieder vertuscht wird: Der Strom wird derzeit in erhöhtem Maße nach Frankreich geliefert.

weil von den rund 30 Kernkraftwerken die Hälfte inzwischen wegen Überholungen, Überprüfungen und Reparaturen ausgefallen ist. Auf einer Art wird immer Frankreich als DAS Land für AKWs angepreist, wenn aber die ganzen Ausfälle kommen und Deutschland Strom hinliefern muß, halten diese Leute schnell ihre Klappe. Und nun wissen sie auch, warum sie demnächst eine drastische Strompreiserhöhung bekommen; sie bezahlen den Strom weil wir wenig haben denn wir helfen lieber Frankreich als unseren

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Bürgern. Aber noch ein Punkt, den die wenigsten wissen, treibt den Preis in schwindelerregende Höhen. Die Strombörsen.

Da gibt es verschiedene Anbieter, die Strom anbieten. Und immer öfter kommt es vor, das die billigen Anbieter nicht ausreichen, den Bedarf zu decken. Also muß ein Land auch Strom von teureren Anbietern kaufen. Nehmen wir an, es gibt 5 Anbieter: Der erste bietet die Kilowattstunde für 5 Cent an, der nächste 7 Cent, dann 10 Cent, 12 und 13. Cent. Aufgrund der Nachfrage werden auch Einheiten beim Anbieter von 13 Cent pro Kilowattstunde gekauft. Was passiert ? Alle Anbieter werden mit den 13 Cent bezahlt, obwohl die für viel weniger Geld verkauft hätten. Das treibt logischerweise die Preise nach oben, die Bürger dürfen zahlen. Künstlich gemachte Preistreiberei.

Habeck bemängelt das System, tut aber nichts. Ich frage mich, welche Dummköpfe so ein System überhaupt etabliert haben, die müssen ja zu lange in der Sonne gestanden haben. Oder aber das bewußt als Abzockmaschine installiert haben.Aber damit nicht genug. Jetzt hören wir auch noch, das Wasser wird knapp. Eigentlich dann doch nicht, denn die regionalen Anbieter bekräftigen, nein, die Talsperren seien gut gefüllt. Das wiederum finden die Politiker gar nicht gut, entdecken hier eine neue Einnahmequelle von den Bürgern, aber erst einmal Wasser sparen, und da die Bürger das sowieso nicht freiwillig machen, zumindest nicht ausreichend, ist man inzwischen dabei, eine Wasserhierachietabelle aufzubauen.

Damit auch das Wasser, falls es dann mal dazu kommt, für alle reicht, die es noch bekommen sollen. Und was glauben sie , wird der Wasserpreis demnächst sinken, gleichbleiben oder steigen ? Aber damit nicht genug, die paar Belastungen, nicht der Rede wert. Da kommt der FDP in Niedersachsen doch die Idee, noch ein paar Preise von Lebensmitteln, die ohnehin schon stark gestiegen sind, weiter anzuheben, das Fleisch soll es sein. Schweinehalter sollen bei der Umsetzung von Tierwohlmaßnahmen unterstützt werden, und das ist nicht selbstverständlich und schon gar nicht staatliche Aufgabe, nein, dafür sollen die Bürger zahlen.

Also besseres Futter, Preise rauf, also größerer Stall, Preise rauf, also mehr Auslauf draussen, die Preise rauf. Die neue Strategie der Bundesregierung: Wirtschaftsbetriebe machen nur noch Verbesserungen, wenn der Bürger jede Maßnahme geldlich entlohnt. Ohne Geld keine Leistung. Und damit auch gleich weitere Kosten für die Schweinehalter / Verkäufer entstehen und die Preiserhöhungsforderung mehr Sinn macht, fordert die FDP Niedersachsen dazu verpflichtende Kennzeichnungen von Herkunft und Haltung bei Fleischprodukten. Da wissen die Niedersachsen wenigstens gleich mal, wer bei der im Oktober anstehenden Landtagswahl keine Stimmen bekommen sollte. FDP war der Name der Partei.

Und da ist mir noch eine Nachricht zugelaufen, sie werden es nicht glauben. Die ganze Energie muß ja irgendwie transportiert werden, und da sollen sogenannte Energiezüge ins Spiel kommen. Ja, sie haben

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

richtig gehört: Energiezüge, die Kohle, Gas und Öl auf den Schienen transportieren. Und weil diese Züge ja vorwärts kommen müssen, sollen sie Vorrang vor der Personenbeförderung haben. Na klar, sagen Experte, da wäre doch klar und richtig. Bedeutet in der Praxis, das ihr schneller ICE schon mal warten muß, bis der Energiezug mit Tuckelmaschine an ihnen vorbeigezogen ist, denn es sollen ältere Züge für den Transport einbezogen werden.

Heisst, ihr ICE tuckelt dann bei geschmeidigen Geschwindigkeiten hinter dem Energiezug hinterher, so ähnlich wie bei der Brockenbahn; genießen sie doch einfach die schöne Aussicht und die Möglichkeit, sich eine Stunde länger wie geplant mit ihren Kindern beschäftigen zu können. Wie das funktioniert, haben sie doch bei den Zugverspätungen der 9 Euro Fahrten schon kennengelernt. So eine Meldung NDR Info Radio vom 17.08.2022. Die Brockenbahn und die Kinderbeschäftigung gehörten nicht zur Meldung.

NTV Online veröffentlich am 15.08.2022 viele Tipps, wo angeblich Bürger Geld sparen können, um nicht zu sehr belastet zu werden. Auch denen kann ich nur wie alle anderen Schlaurednern sagen: Wie und wo man angeblich sparen kann, kennen wir, nur wenn nichts zu sparen ist weil nichts da ist ist das nur dummes Gerede. Und davon viel und immer mehr. Angeblich soll man zum Beispiel bei Versicherungen bis zu 170 Euro / Jahr sparen können. Ach, woher kennen die denn meine Versicherungen ? Und jetzt kommt´s, den Rest des Mistes will ich nicht wiedergeben:

Strecken bis 8 km kann man anstatt mit dem Auto mit den Fahrrad zurücklegen. Und wenn man keines hat, dann kauft man eben eines. Und ob im Winter oder bei unter 0 Grad und Glatteis: Scheissegal, bei Unfällen zahlt die Krankenkasse und man kann sich zu Hause per Krankschreibung wenigstens ausk….. nee, noch eine Erkältung holen weil ja die Heizung auch gedrosselt ist. Idiotie live. Aber zum Schluß will ich noch eines sagen: Jahrzehntlang haben die Wirtschaftsunternehmen durch die Russlandverträge von billigsten Energiepreisen profitiert, sich eine goldene Nase verdient und das natürlich hofiert und gut gefunden.

Jetzt wo die Lieferungen zusammengebrochen sind und wieder andere Preise gelten soll der Staat und die Bürger dafür zahlen. Sonst gehen Arbeitsplätze verloren, so die Drohung eines Arbeitgebervertreters bei Maybrit Illner vom 17.08.2022. Typisch. Dabei sind Wirtschaftsunternehmen doch immer überproportional hofiert worden von der Bundesregierung, lieber zuviel Kohle als zu wenig. Nein ? Doch. Denken wir mal an Corona. Jetzt ist sogar ein Urteil in NRW gefällt worden; weil die Anträge / Bescheide für Coronageldzahlungen mißverständlich formuliert waren, so eine Richterin, dürfen die Unternehmen das zuviel gezahlte Geld vom Staat einfach mal so behalten.

2 Fragen hätte ich da noch: Sind das alles ungebildete Kaufleute und Unternehmensvertreter, das die die Anträge nicht verstehen und dann auch nicht nachfragen und welche Ahnungslosen haben denn diese Anträge aufgesetzt, wenn diese denn so schlecht sind, wie DIE RICHTERIN urteilt ?

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Ganz toll wie sich die Linken für die Armen und unteren Haushalte der Bürger jetzt einsetzen in Zeiten der Preisexplosionen, aber ein bißchen Realismus darf schon sein. Eine Forderung, 1500 Euro einmalig für jeden Haushalt zu geben, dazu 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied, da darf man wirklich fragen, wo die 100 Milliarden Euro herkommen sollen und ob das sinnvoll ist.

Nein, ist es nicht, denn wieder werden viele reiche Bürger, die das nicht nötig haben, bedacht. Geld mit der Gießkanne, das kennen wir schon aus Coronazeiten. Aber das Unterstützen derjenigen, die es gar nicht nötig haben, könnte von Lindner stammen, denn sein neues Paket, was gerade in Berlin geschnürt und bald dem breiten Bürgerpublikum präsentiert wird als neue Wohltat der Bundesregierung, wird genau das wieder zum Inhalt haben.

Bericht online lesen:
https://presse.en-a.eu/politik/gaskrise_stromkrise_wasserkrise_und_was_noch__220822-84612/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.